Landtagswahl 2005 — spezial:



Meinung sagen Wählen gehen

Was sollen sich Arbeitslose, Mindestrentner oder Verkäuferinnen denken, wenn sie jetzt hören, wie in der Angelegenheit ÖVP – Hirschmann riesige Beträge hin- und hergeschoben worden sind.

Die bekannt gewordenen Zustände im Umfeld der steirischen Spitzenpolitik übersteigen das Fassungsvermögen von Menschen, die sich darum sorgen müssen, wie sie das Geld für Essen und Wohnen aufbringen.

Sie zeigen auch, wie berechtigt die Kritik ist, welche die Kaltenegger-KPÖ in ihrem Manifest zur Landtagswahl an den Zuständen in der Steiermark übt:

Für die "Gräfin" Herberstein hat man Millionen parat, wichtige Initiativen im Sozial- und Kulturbereich müssen um ihr Geld zittern. Die Abfertigungen und die Gehälter der ESTAG-Manager machen riesige Summen aus, während viele Pensionis-

ten nicht mehr wissen, wie sie Heizkosten und Essen finanzieren sollen. Haarsträubende Privilegien werden als normal empfunden und sind rechtlich abgesichert. Gleichzeitig gibt es eine Belastung nach der anderen für die arbeitenden Menschen und für die Masse der Pensionisten.

Dieses Hin und Her zwischen Politik, und Vorstandsposten und wieder hin zur Politik und auch Schweigegelder in Millionenhöhe, ist ein Teil der unsozialen Gesellschaftsordnung, in der wir leben. Es ist aber völlig entfernt vom Leben der Mehrheit der Menschen in unserem Land.

Das Kapital will den

Lebensstandard der arbeitenden Menschen senken, damit maximale Profite erzielt werden können. Parade-Unternehmer Mirko Kovats

hat das in einem Interview mit der Zeitschrift Format deutlich ausgesprochen: "Die Leute sind heute

"Die Leute sind heute ja sehr verwöhnt. … Die meisten haben genug Reserven, 5000 Euro im Jahr

"Nicht zur Wahl zu gehen, bedeutet Danke zu sagen zu den herrschenden Parteien, denn es wird sich einfach nichts ändern."

weniger auszugeben. So wird es auch kommen." Format: Urlaub nur noch für Reiche?

Kovats: "Man kann sich auch in Jesolo statt in Übersee erholen. Das ist doch keine Katastrophe."

"Natürlich müssen die Sozialstandards spürbar sinken, und der Staat muss massiv abspecken."

"Ich bin ein strikter Gegner des 13. und 14. Gehalts".

"Wir brauchen in Österreich einen Niedriglohnsektor".

(Quelle: Format, 34/05)



